Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 83.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Vereins- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- u. Verkäufe 20 Pf. (Händler und Vermittler 25 Pf.), für auswärts 30 Pfg.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an bevorzugter Stelle nach besonderem Tarif.
Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme:
Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).

Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 359. **Mittwoch** 18. Juli 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Vorsitzende des Kirchenrats im Großherzogtum Sachsen Geh. Kirchenrat Dr. Foertsch ist gestorben.

* Der Bischof Endert von Fulda ist gestern mittag gestorben.

* Die bayerische Abgeordnetenkammer hat den Antrag auf Einführung einer bayerischen Staatslotterie abgelehnt.

* In Petersburg sind die Schutzleute in Ausstand getreten. (S. Ausl.)

* Die türkische Untersuchungskommission ist nach Samos abgereist.

* Der Ausstand der Leipziger Buchbinder dauert fort, nachdem das Resultat der bisherigen Einigungsverhandlungen gestern von den Ausständigen als ungenügend abgelehnt worden ist. (S. Letzte Lokalnachr.)

Regierung und Duma.

Ein kürzlich aus Petersburg zurückgekehrter Diplomat, der Gelegenheit hatte, sich durch Rücksprache mit den verschiedenen Faktoren des politischen Lebens über die Lage in Rußland eingehend zu informieren, äußert sich über seine persönlichen Wahrnehmungen und Beobachtungen in einem Artikel, der uns zur Verfügung gestellt wird, und offenbar die Anschauungen wiedergibt, die in den russischen Regierungskreisen herrschen. Aus diesem Grunde ist der Artikel beachtenswert und wir drucken ihn nachfolgend ab:

„Erst vor wenigen Tagen aus Petersburg zurückgekehrt, gewährt es mir ein besonderes Vergnügen, meine eigenen Wahrnehmungen mit den Berichten zu vergleichen, welche, namentlich in letzter Zeit, in der deutschen Presse über Rußland verbreitet werden. Trotz aller Mühe und trotz allem Mißtrauen, das ich ebenfalls, beeinflußt durch die Lektüre der verschiedensten Zeitungen, mitbrachte, habe ich keineswegs auch nur annähernd das bestätigt gefunden, was der öffentlichen Meinung jetzt Tag für Tag seitens der verschiedensten Korrespondenten aus Petersburg gemeldet wird, nämlich, daß wir vor einem Zusammenbruch des Riesenreiches stehen. Wahrlich, mit einer großen Revolution in Rußland hat es noch lange gute Wege! Die gegenwärtige Regierung verfügt über die weitestgehenden Machtmittel, um jeder, selbst der größten Volkserhebung erfolgreich entgegenzutreten. Die Macht des weißen Zaren ist doch noch viel, viel tiefer basiert, als wir Westeuropäer uns vorstellen können. Der Glaube an den Kaiser, die Liebe zum Hause Romanow, wurzelt festeingesenkt im Herzen der Russen. Nicht nur die Macht seines Heeres, sondern mehr noch die Liebe und das Vertrauen seiner Untertanen stützt den russischen Kaiser und seine Regierung. An dieser Tatsache ist nicht zu zweifeln, und die nächste Zeit schon wird beweisen, daß es den in der Duma vereinigten Demokraten und deren Anhang trotz aller Mühe nicht gelingen wird, in dem Kampfe gegen die Regierung zu siegen.

Das sehen übrigens die besonnenen Führer der Kadetten vollständig ein und man kann jetzt schon ein gewisses Abflauen in dem Verhalten der Dumamajorität bemerken. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß — wenn auch keine Verständigung zwischen Regierung und Duma als unmittelbar bevorstehend angesehen werden darf — dennoch sich ein modus vivendi wahrscheinlich erzielen lassen wird, und zwar ohne daß das Kabinett Goremykin zu demissionieren braucht. Es hat übrigens keineswegs an Versuchen seitens der Regierung gefehlt, ein Versöhnungskabinett zu bilden. Daß diese Bemühungen scheiterten, lag nicht an der Regierung, sondern vielmehr ausschließlich an dem geradezu wahnsinnigen Verhalten der Duma. Zurzeit regiert in der Duma nämlich lediglich die Phrase. Wer die schönsten Floskeln macht und die tollsten Forderungen stellt, wird stets jubelnden Erfolg in der Duma finden. Bei aller Nachsicht, die man einem so jungen Parlament entgegenbringen muß, ist doch nicht zu bestreiten, daß die positiven Leistungen der Duma bis jetzt gleich Null sind, und daß ein Zusammenarbeiten irgend einer Regierung, und sei es auch der liberalsten, mit der Duma in der heutigen Gestalt zu den Unmöglichkeiten gehört. Ich hatte Gelegenheit, die Duma bei der Arbeit zu sehen, und muß gestehen, daß ich stark ernüchtert bin von dem, was ich in der Duma sah und hörte. Die Duma macht auf mich durchaus den Eindruck einer sozialistischen Volksversammlung, wo die nichtssagendste Phrase seitens einer urteilslosen Menge stürmisch applaudiert wird. Wer da glaubt, daß die Wiedergeburt Rußlands von dieser Duma zu erwarten ist, befindet sich jedenfalls in einem enormen Irrtum. Die Zahl derjenigen Abgeordneten, welche überhaupt für eine seriöse gesetzgeberische Tätigkeit qualifiziert sind, ist jedenfalls recht gering. Hierin liegt aber die Stärke der Regierung, die heute nur nötig hat, abzuwarten, wie sich die Verhältnisse weiter in der Duma entwickeln werden. Arbeitet die Duma in der bisherigen Weise weiter mit Schimpfen, wüsten Brandreden und mit absolut unverständigen Forderungen, so muß in der öffentlichen Meinung Rußlands unbedingt ein Rückschlag über kurz oder lang eintreten. Die Wählermassen werden bald genug einsehen, daß ihre Vertreter in der Duma weder befähigt noch willens sind, wirkliche Reformen einzuführen. Zeigt dann die Regierung, daß sie selbst guten Willen hat, eine zielbewußte Reformpolitik auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu inaugurieren, so wird sie bald Herr der Situation werden.

Ich hatte Gelegenheit, unlängst einen hervorragenden russischen Staatsmann, der durchaus modernen Ideen huldigt, über die Lage zu sprechen, und dieser bestätigte mir ebenfalls, daß trotz mancher bedrohlicher Anzeichen dennoch an eine große Revolution in Rußland nicht zu denken sei. Trotz aller gegenteiligen Meldungen und ungeachtet einiger Fälle von Insubordination steht die Armee unbedingt auf seiten des heutigen Regimes, und es ist gar nicht daran zu denken, daß im Ernstfall die Truppen meutern werden. Wie ich von maßgebender Seite höre, beabsichtigt die Regierung durchaus nicht, die Duma aufzulösen. Weder der gegenwärtige Ministerpräsident, Herr v. Goremykin, noch seine Ministerkollegen verdienen eine derartige Beurteilung, wie sie ihnen z. B. in einem Teile der deutschen Presse zuteil wird. Herr v. Goremykin ist ein durchaus gemäßigter Politiker von großer Erfahrung und Lauterkeit des Charakters. Außer ihm dürfte die markanteste Persönlichkeit des gegenwärtigen Kabinetts in erster Linie der Finanzminister v. Kokowzoff sein. Herr v. Kokowzoff ist nicht nur einer der glänzendsten Finanzpolitiker Rußlands, sondern einer der feinsten Köpfe, die ich kenne. Er ist ein Mann von seltenen Fähigkeiten, großer Erfahrung, der bei Freund und Feind wegen der Lauterkeit seines Charakters und der Gewissenhaftigkeit, mit welcher er seine Pflichten auslebt, allgemein beliebt ist und über den ich nur das Allerbeste hörte.

Nun noch ein kurzes Wort über die Haltung der deutschen Presse gegenüber Rußland. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß an maßgebender Stelle an der Newa eine ziemliche Erkältung Deutschland gegenüber eingetreten ist, und zwar hauptsächlich deshalb, weil jenseits einer Anzahl großer deutscher Zeitungen eine wahre Kampagne gegen Rußland und die gegenwärtige Regierung getrieben wird. Fürst Bismarck sagte einmal, daß jedes Volk die Fensterscheiben zu bezahlen hätte, die seine Presse einschlägt. Dies trifft auch mit Bezug auf Rußland zu. Die fanatische Parteinahme eines großen Teiles der deutschen Presse zugunsten eines Sieges der russischen Revolution hat — wie ich positiv weiß — in der Umgebung des russischen Kaisers den allerübelsten Eindruck gemacht, und hatte zur Folge, daß die starke, deutschfreundliche Partei innerhalb der russischen Regierung und des Hofes in letzter Zeit stark ins Hintertreffen kam, weil man in russischen Regierungskreisen nicht mit Unrecht höchst erbittert ist über die Haltung der deutschen Presse. Wir Deutschen täten jedenfalls gut daran, uns weniger in fremde Händel einzumischen, sondern einzig und allein uns leiten zu lassen von den Interessen für unser eigenes Vaterland. . . .“

Wir möchten diesen Ausführungen einige Worte hinzufügen. Da der Verfasser der russischen Regierung nahe zu stehen scheint, so ist seine Darstellung natürlich von dem Wunsche diktiert, die Lage der Regierung dem Auslande in einem möglichst günstigen Lichte darzustellen. Am auffälligsten erscheint dies Bestreben in der Behauptung, daß die Machtmittel der Regierung so stark seien, um selbst der größten Volkserhebung entgegentreten zu können, und gar nicht daran zu denken sei, daß im Ernstfalle die Truppen meutern werden. Diese Voraussage ist wirklich ein starkes Stück nach all den unerhörten und immer von neuem ausbrechenden Meutereien und Widersetzlichkeiten in der Armee, wie sie seit der Affäre des „Potemkin“ bis zu den unglaublichen Disziplinlosigkeiten im Preobrajenskischen Leibgarde-Regiment in Rußland an der Tagesordnung sind. Was der so zuversichtliche Diplomat über die Duma sagt, mag ja zum Teil richtig sein, wenn er auch die Intelligenz und den Patriotismus, wie den ehrlichen Willen mindestens der Kadettenpartei einfach eskamotiert und dabei ganz übersieht, daß die Duma nur deshalb so wenig Positives leistet, weil die russische Regierung sich den einmütigen Wünschen der Volksvertretung entgegenstemmt und ostentativ nicht weniger als alles unterläßt, um eine Verständigung über die ja gewiß oft zu weit gehenden Forderungen der Duma zu finden. Die ganze Kunst der russischen Regierung, das verrät der Diplomat, besteht offenbar im Abwarten, im Hinziehen und auf die lange Bank schieben. Sie wird, wie wir gern glauben, die Duma nicht auflösen, denn das würde in Rußland eine ungeheuere Aufregung hervorrufen, sondern sie spekuliert darauf, daß die Energie der Duma sich in den unfruchtbaren Debatten verpufft und aufreibt, und daß gleichzeitig die fieberhafte Aufregung im Lande und in der Armee einer allmählichen Beruhigung Platz macht. Es mag sein, daß diese Spekulation unter den jetzigen Verhältnissen vom Standpunkte der Regierung aus richtig ist und glücken wird; es kann aber auch sein, daß die Duma oder die revolutionären Parteien die Geduld verlieren und zur Selbsthilfe greifen. Wenn heute die Duma eine Proklamation erläßt, daß die Dynastie der Romanows zu regieren aufgehört habe; wenn die Volksvertretung eine provisorische Regierung einsetzt, die Truppen und Beamten ihres Eides entbindet und die Truppenführer, die staatlichen Verwaltungskörper und die Stadtmagistrate im ganzen Reiche verpflichtet, nur den Befehlen der Duma Gehorsam zu leisten; wenn überall in den Städten mit einem Schlage Milizen errichtet werden, — garantiert der russische Diplomat in diesem Falle, der hoffentlich nicht eintritt, daß die Armee zum größten Teil nicht vom Zaren und seiner Regierung abfällt? . . . Dann aber ist es einfach mit der Macht vorbei. Wenn Rußlands Regierung wirklich so fest im Sattel säße, wie es der Verfasser des offiziösen Artikels glauben machen will, warum hat dann der Besuch der englischen Flotte rückgängig gemacht werden müssen? War es nicht die Rücksicht auf die Duma und das russische Volk, neben der Furcht vor Matrosendemonstrationen, die diesen Entschluß diktierte? Gleichviel, ob er der Initiative der russischen oder der englischen Regierung entsprang, er beweist, daß eine finstere Macht neben der russischen Regierung emporgewachsen ist, deren Einfluß stark genug ist, um eine wohl überlegte und lange vorher geplante politische Demonstration, die in Widerspruch mit den Tendenzen dieser Macht steht, zum Scheitern zu bringen.

Die Schlußausführungen des russischen Diplomaten erscheinen übrigens recht anmaßend. Die große Mehrheit der deutschen Zeitungen ist natürlich gegen das Regime des Zaren, das zu so traurigen Zuständen geführt hat, und sie war es immer. Aber von einer „fanatischen Teilnahme zu Gunsten eines Sieges der russischen Revolution“ weiß sie sich völlig frei. Dieser Vorwurf kann sich nur auf die sozialdemokratische Presse beziehen, und diese ist nicht die deutsche. Im übrigen läßt sich die deutsche Presse von „russischen Diplomaten“ nicht den Mund verbieten. Nebenbei bemerkt, ist von einer „starken deutschfreundlichen Partei innerhalb der russischen Regierung und des Hofes“, die angeblich infolge der Haltung der deutschen Presse ins Hintertreffen gekommen sein soll, seit dem beklagenswerten Tode Alexanders II. nie etwas Besonderes zu merken gewesen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 18. Juli.

* **Zur Rede des Prinzen Ludwig** als Ehrenpräsident des XV. Deutschen Bundesschießens schreibt unser Münchener Korrespondent: Die deutschen Schützenfeste bezweckten durch die Zusammenfassung aller deutschen Stämme und der diesmal besonders zahlreich erschienenen Deutschen des Auslandes noch heute eine große nationale und politische Bedeutung, die keiner besonderen Hervorhebung mehr bedarf. Diesem nationalen Empfinden ist Prinz Ludwig völlig gerecht geworden, indem er in warmen patriotischen Worten die Reichsdeutschen zur Einigkeit mahnte und das Beispiel seines Vaters und des Kaisers pries. Wie sehr dem Prinzen die Verkehrsfragen am Herzen liegen, zeigte er auch bei dieser Gelegenheit. Als eine der schwersten und wichtigsten Aufgaben im Reiche nannte er die Ausgleichung der Interessen der einzelnen Staaten miteinander, und machte dabei besonders auf die nicht ganz gleich gelegenen Verkehrsinteressen aufmerksam. „Man darf nicht zugunsten des einen die andern schädigen, sonst fallen wir zurück in die Zeiten, wie sie im alten Reiche waren.“ Ob diese Wendung eine ganz allgemeine war, ob sie sich an eine bestimmte Adresse richtete, darüber lassen sich natürlich nur Vermutungen anstellen. Auch die Mahnung zur Einigkeit, die Prinz Ludwig den österreichischen Brüdern zurief, kann einhelliger Zustimmung sicher sein, wie ja auch ein starkes Oesterreich im höchsten Interesse des Reiches gelegen wäre. Mit seinen weiteren den Oesterreichern gewidmeten Ausführungen hat sich aber der hohe Herr auf ein heikles und ausländisches politisches Gebiet begeben. Er hat gewünscht, daß die Deutschösterreicher in ihrem Reiche im Frieden mit allen anderen Nationen leben und ihnen als Beispiel die Schweizer vorgeführt, denen dies unter Wahrung ihres Deutschtums gelinge, die sich mit den französischen und italienischen Schweizern als Eidgenossen fühlen. Bei diesem Vergleiche sind aber gewaltige Unterschiede außer Betracht geblieben. An den Deutschen in Oesterreich erfüllt sich das Wort: „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Sie sind nicht die Störenfriede, sie kämpfen eben um ihr Deutschtum. In der Schweiz aber befinden sich die Deutschen in übergroßer Mehrheit und die anderssprachigen Eidgenossen fühlen sich als gute Schweizer. Im Kaiserstaate an der Donau dagegen wollen außer den Deutschen alle andern Nationen und Nationchen sich von Oesterreich losreißen, um eigene Staaten zu bilden oder sich anderen anzuschließen. Wenn man also alaube, die traurigen Verhältnisse berühren zu müssen, dann kann man nur zu dem Resultat kommen, daß das Deutschtum als das Rückgrat und die einzige Stütze des Kaiserstaates die möglichste Stärkung erheischt. Uebrigens hat die Ansprache des Prinzen begeisterten Beifall gefunden und auch verdient. Die schlichte Art, mit der er sich zu geben weiß, verschaffte ihm auch diesmal große Sympathien. Man denke sich einen Thronfolger, der, wie es auch Prinz Alfons tat, beim Bankette manchen ihm ganz unbekannten Schützenschwestern und -Brüdern — Postkarten unterschreibt. Auch der Regent fand sich am Sonntag auf dem Festplatze ein und wurde in seiner vornehmen, ungezwungenen Leutseligkeit mit stürmischen Ovationen begrüßt. Die nationale Begeisterung, die durch die ganze Veranstaltung geht, läßt gern übersehen, daß die Staatsgebäude vorschriftsmäßig nur mit bayrischen Flaggen geschmückt waren. Der Vorschlag ist selbstverständlich von der Regierung ausgegangen.

* **Zu den Personalien in der Kolonialabteilung** schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Die „Freisinnige Zeitung“ wird nicht müde, über die Personalien in der Kolonialabteilung irreführende Angaben zu verbreiten. Sie will beispielsweise das Obwalten besonderer Gründe dafür unterstellen, daß die Geschäfte der Abteilung urzeit vertretungsweise vom Geheimen Legationsrat Rose geführt werden und nicht vom dienstälteren Geheimrat v. König. Der Grund hierfür liegt einfach darin, daß Geheimrat v. König beurlaubt ist. Unverständlich erscheinen die Bemerkungen des Blattes über eine nur expedierende Stellung des Geheimen Legationsrates Schmidt-Danzig. Dieser Beamte ist bekanntlich aus der Kolonialabteilung in die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes versetzt worden und bekleidet hier, wie bei der Kolonialabteilung, die Stelle eines Vortragenden Rates mit allen einem solchen zustehenden Befugnissen.

* **Ueber die Zurückzahlung zuviel erhobener neuer wie alter Steuern** und Zollbeträge sind vom Bundesrat neue Bestimmungen getroffen worden. Bei den gemeinschaftlichen Reichssteuern, bei den Stempelabgaben, der statistischen Gebühr und den bei der Verwaltung der Zölle und Steuern zu erhebenden Gebühren sowie bei Zollbeträgen findet eine Zurückzahlung statt, wenn sie mehr als zehn Pfennig betragen und der Anspruch auf Rückzahlung innerhalb der vom Tage der Zollentrichtung an zu rechnenden Verjährungsfrist schriftlich oder mündlich angemeldet wird. Beträge von drei Mark und darüber, deren Ueberhebung vor Eintritt der Verjährung festgestellt wird, werden auch ohne Antrag zurückerstattet. Zuviel gezahlte Steuern müssen innerhalb eines Jahres vom Tage der Anweisung, Zölle vor Ablauf der Verjährungsfrist erhoben werden. Eine Nachforderung von Gebühren darf nur innerhalb eines Jahres, eine von Zollbeträgen nur innerhalb der Verjährungsfrist und wenn sie mehr als zehn Pfennig betragen, stattfinden. Auf die Erbschaftssteuer finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

* **Zur Reform des juristischen Prüfungswesens** hat die Kommission zur Fürsorge für weibliche Gefangene und Strafentlassene des Vereins Frauenwohl an die Justizminister der deutschen Bundesstaaten folgendes Gesuch gerichtet: „1. In den Prüfungsplan des Assessorenexamens das Gebiet der Gefängniswissenschaft aufzunehmen; 2. einen praktischen Kursus der Referendare in einer größeren Gefangenenanstalt — im Hinblick auf die spätere Tätigkeit der Richter und Staatsanwälte als aufsichtsführende Behörde der Strafanstalten — in den Plan der Vorbereitungszeit einzufügen.“

* **Was gilt ein Deutscher, was ein Franzose?** fragt die „Deutsche Kolonialzeitung“: „Als vor Jahr und Tag wir an dieser Stelle erwähnten, daß die marokkanische Regierung sich verpflichtet habe, auf dem Grabe des am 8. März 1904 ermordeten Reisenden Siegfried Genthe ein würdiges Denkmal zu errichten und der Familie eine Buße zu zahlen, mußten wir über die geringe Höhe dieser Buße verwundert sein. Wenn überhaupt eines Menschen Leben in Zahlen ausgedrückt werden soll, so darf man den Wert eines zukunftsreichen deutschen Gelehrten nicht so niedrig ansetzen — oder man sieht besser von einer Bezifferung ab. Nach französischen Meldungen erhalten die Hinterbliebenen des vor kurzem bei Tanger ermordeten Beamtenen Charbonnier 100 000 Frcs. Entschädigung — ein Mehrfaches der der Familie Genthe zugebilligten Buße. Außerdem wird an der Mordstelle ein Sühnedenkmal errichtet, ein Vertreter des Sultans und ein Abgeordneter des Madhzen haben auf der französischen Gesandtschaft das Bedauern ihrer Regierung ausgedrückt. Wie beschämend diese Gegenüberstellung für uns Deutsche ist!“

* **W. T. Stead**, dessen Eifer und Geschick es nicht zum geringsten Teil zu danken ist, daß die Journalistenfahrt nach England den bekannten Verlauf genommen hat, macht in der „Review of Reviews“ über die Teilnehmer an diesem denkwürdigen Ereignis folgende beachtenswerte Bemerkungen: Die große Mehrzahl der englischen Zeitungen beteiligte sich so herzlich an dem Empfang unserer Gäste, daß die Abwesenheit der „Times“ kaum bemerkt wurde. Weit ernster war die Möglichkeit, daß der Besuch infolge der stark ausgesprochenen politischen Ansichten unserer Gäste fehlschlagen konnte. Die Auffassung der „Times“, daß deutsche Redakteure bloße Puppen des Kaisers seien, erschien außerordentlich lächerlich, wenn man mit den fünfzig Journalisten zusammentraf, die die Einladung des Anglo-German Friendship Committee angenommen hatten. Ich beneide sicherlich den Kaiser oder König nicht, der versucht, diese Männer als Puppen zu behandeln. Sie sind so bemerkenswerte Männer, wie ich sie jemals das Glück hatte kennen zu lernen. Sie vertraten fast jede politische Richtung eines Landes, von dem es heißt, daß es siebzehn verschiedene Parteien besitzt, von denen jede wiederum siebzehn Unterabteilungen besitzt. Sie kamen aus allen Teilen des Landes. Ihre politischen Bekenntnisse waren von jeder Schattierung, vom Stock-Konservativen bis Sozialdemokraten; und ihre Religion reichte vom Katholiken bis zum Freidenker. Als die Herren sich am Montag, 19. Juni, abends, im Ratskeller in Bremen versammelten, waren sie einander größtenteils Fremde. Es war äußerst zweifelhaft, ob es einer so zahlreichen und repräsentativen Gesellschaft von Männern, die ihr Leben lang Polemiken miteinander geführt haben, gelingen würde, sich in die Rolle von Reisekameraden und gemeinsamen Gästen zu finden. Der Besuch mag englisch-deutsche Differenzen beseitigt haben oder nicht; niemand kann leugnen, daß er für die Dauer von vierzehn Tagen einen Gottesfrieden unter den kriegerischen Polemikern der deutschen Presse bewirkte.

* **Unnötige konservative Sorgen.** Die „Kreuzztg.“ klagt aus Anlaß der Reichstagsstichwahl in Altena-Iserlohn über die „Direktionslosigkeit“ der nationalliberalen Partei und hat die Güte, dabei zu sagen: „Diese Partei ist in unserem politischen Leben unentbehrlich, und wenn sie in ihrem inneren Zerfall weiterhin solche Fortschritte macht, werden dem Reiche ernste Schwierigkeiten entstehen.“ Weshalb diese rührende Fürsorge für eine andere Partei? Daß die Konservativen genügend Sorge um „Direktionslosigkeit“ im eigenen Lager haben dürften, bezeugt die „Kreuzztg.“ selbst, indem sie in derselben Nummer unmittelbar vor obiger Apostrophierung der Nationalliberalen, darüber klagt, daß die „Post“ Herrn von Helldorf neben Herrn v. Rauchhaupt und Herrn v. Heydebrandt unter den „großen Regeneratoren“ der konservativen Partei genannt habe. Mit Herrn v. Helldorf-Bedra, den die „Kreuzztg.“ als „echten Opportunisten“ von obenhin abtut, verglichen oder auch nur in einem Atem genannt zu werden, das hätten weder Herr v. Rauchhaupt noch Herr v. Heydebrandt verdient. So ächtet die „Kreuzztg.“ einen Mann, der in der konservativen Partei eine große Rolle gespielt hat! Was den „inneren Zerfall“ anlangt, so möchten wir nur darauf hinweisen, daß bei den Reichstagswahlen von 1890 die nationalliberale Partei auf 44 Mandate heruntergegangen war. Damals besaßen die Konservativen deren noch 72. Bis zu den Wahlen von 1903 waren sie auf 51 herabgegangen, die Nationalliberalen auf 53 gestiegen!

* **Der Fall Liszt**, d. h. das auffällige Einschreiten des preußischen Kultusministeriums gegen die geplante Vorlesung des Prof. von Liszt an der neuen Handelshochschule in Berlin wird von der „T. R.“ anders beleuchtet, als es vor mehreren Tagen an dieser Stelle geschehen ist. Das genannte Blatt schreibt:

Professor von Liszt hatte die Uebernahme von Vorlesungen an der Handelshochschule zugesagt, ohne dem Kultusministerium, wozu er nach der Kabinettsorder vom 13. Juli 1889 (Ges.-Samml. S. 235) als Universitätsprofessor gehalten war, vorher Anzeige zu machen bezw. um Genehmigung nachzusuchen. Daraufhin hat das Kultusministerium lediglich an ihn eine Anfrage gerichtet und ihn um Auskunft gebeten. Schon vorher aber hatte sich der akademische Senat und die juristische Fakultät der Universität Berlin mit der Angelegenheit beschäftigt, und der Verzicht des Herrn Professors von Liszt dürfte auf deren Wunsch zurückzuführen sein. Man fürchtet in den beteiligten Kreisen nicht mit Unrecht, daß die enge Verbindung der beiden Institute gerade für die junge Anstalt Nachteile im Gefolge haben müsse. Wenn Professoren der Universität Vorlesungen an der Handelshochschule übernehmen, werden auch Lehrer der Handelshochschule wünschen, eine Lehrtätigkeit an der Universität auszuüben, was zu Unzuträglichkeiten führen könnte. Jedenfalls aber kann eine solche kombinierte Lehrtätigkeit nicht dem Belieben des Einzelnen freigegeben werden, sondern muß der Entscheidung der Hochschulbehörde und insbesondere der der Regierung unterstellt bleiben, die auch immer auf die Einhaltung jener Kabinettsorder gesehen hat.

Hiernach würde es sich also nicht um ein an Professor von Liszt ergangenes Verbot handeln, sondern um eine Anfrage des Kultusministeriums und um einen Wunsch des akademischen Senats und der juristischen Fakultät. Damit würde wegfallen, daß es sich hier um einen Schlag speziell gegen Prof. von Liszt handelt, ebenso, daß nicht, wie die „Frankf. Ztg.“ annimmt, das Vorgehen darauf hinziele, zu zeigen, ein Universitätsprofessor sei in erster Linie Untergebener des Ministers, genau so wie jeder Landrat und Regierungsrat.

SLUB
Wir führen Wissen.